

## 1 von 4

Betrifft GESETZENTWURF  
Zl. 69-GE/19-93  
Datum: 25. OKT. 1993  
Verteilt 29.10.93 Men

Datum

19. Okt. 1993.

- 2 -

Es ist wohl einzuräumen, daß ein Ozonalarmfall voraussichtlich ein seltenes Ereignis sein wird, doch erfordert die effiziente Vollziehung des Gesetzes sehr umfassende und laufende Vorarbeiten für den Fall eines Ozonalarms. So wären umfangreichere Datenregister anzulegen, wozu technisches und chemisches Sachwissen erforderlich ist. Für die Evidenthaltung der Daten über die Emittenten von Ozonvorläufersubstanzen wäre außerdem zusätzliches Personal bei den Bezirkshauptmannschaften einzustellen.

Gleichzeitig wird angemerkt, daß im vorliegenden Entwurf keine Verpflichtung der Betriebe zur Bekanntgabe von Emissionsdaten vorgesehen ist. Diese Daten müssen jedoch auch im Sanierungsplan des Landeshauptmannes dargestellt werden (Emissionskataster) und können nur sehr zeit- und kostenaufwendig erhoben werden, da bisher keine Verpflichtung der Betriebe zur Datenbekanntgabe besteht. Eine entsprechende Bestimmung wäre eine erhebliche Erleichterung bei der Erstellung der Emissionskataster. Auch im Umweltinformationsgesetz ist eine Meldepflicht der Betriebe nur auf Verlangen der Behörde vorgesehen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung  
Dr. P r ö l l  
Landeshauptmann

- 3 -

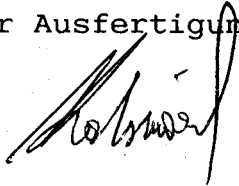
LAD-VD-5763/19

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Handen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und  
Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung  
Dr. P r ö l l  
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. Pröll', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung'.

